

## **Rückfall in die militärische Friedenspolitik / Militarisierung von Sicherheit**

Agnes Hohl, Freitag, 22. April 2016, Bern

Die Welt sei unsicherer geworden, sagen viele Politiker und Experten und fordern deshalb eine Aufrüstung, um die „Werte des Westens zu verteidigen“ Diese Aufrüstung gilt für die Mobilität, die Polizei, den Nachrichtendienst, die Kultur, die Ideologie.

Diesen falschen Ansatz gilt es zu bekämpfen.

### **Sicherheitsverständnis Einleitung**

Die Ereignisse in Brüssel nach dem Terroranschlag in Paris im November 2015 zeigen die Konsequenzen dieses Ansatzes deutlich. Die Behörden riefen den Ausnahmezustand aus und legten die ganze Stadt lahm, auch die U-Bahn und die Schulen. Da sie keine Ergebnisse ihrer Aktionen vorzuweisen hatten, verlängerten sie den Notstand, und nötigten damit die schulpflichtigen Familien zu grossem Spagaten in der Alltagsplanung. Durch die erzwungene Passivität werden echte Solidaritätsaktionen verhindert. (Kürzlich gab es jedoch eine gelungene Tanzaktion auf dem Hauptplatz).

Frankreich will sogar den Ausnahmezustand permanent machen und ihn in die Verfassung schreiben, was ihn endgültig pervertiert.

Dieses technokratisch-männliche Sicherheitsverständnis macht aber nur falsche Versprechen. Denn es ja seit langem klar, dass der „Krieg gegen Terror“ nur die Gewaltspirale antreibt, aber kein funktionierender Lösungsansatz ist. Die öffentliche Diskussion ist aber ganz ohne historisches Bewusstsein. Nach den Anschlägen in New York 2001 wurde Afghanistan zerstört und danach der Irak. Nun wird das Heil in Luftangriffen gegen die IS gesucht, die Koalitionen dafür wachsen und vermehren sich auf undurchschaubare Weise. Die Opfer in der Zivilbevölkerung sind sehr hoch, aber die IS selber ist nicht an ein Land gebunden und wird deshalb bestenfalls verdrängt. Ihre Finanzierungsmaschinen wie Öl- und Antikenschmuggel laufen derweil munter weiter. (Wo lagert wohl das Geld der IS?)

Im Westen ist übrigens die Zahl der Opfer von Anschlägen rückläufig, wie die Zahlen der Global Terrorism Database zeigen. Doch welche Politiker (Politikerin), will sich nicht handlungsstark zeigen? (TA 9.12.2015)

### **Begründung und Entwicklung**

Ein häufiges Argument ist auch, die die erhöhten Sicherheits- und Kriegsbestrebungen dienen dem **Schutz der Frauen**. So erfolgte der Einmarsch in Afghanistan 2001 auch zur Befreiung der Frauen von den Taliban. Die Nachrüstung in den 1980er Jahren diente auch dem Schutz der Bevölkerung, und eine Armee beschützt per se „ihre“ Frauen“.

Die Argumentation hält sich. Die SVP schaltete in ihrem Kampf für ihre Durchsetzungsinitiative ein Inserat. Die DSI böte Schutz für unsere Frauen und Töchter, gegen die bösen ausländischen Männer, gegen die Jihadisten.

Ursprünglich wurde der Begriff der **Menschlichen Sicherheit** geschaffen, um sich von der militärischen Sicherheit abzugrenzen. „Das Konzept der menschlichen Sicherheit geht davon aus, dass jeder in der Lage sein sollte, sein Leben selbst in die Hand zu nehmen...Menschliche Sicherheit ist kein defensives Konzept wie etwa die territoriale oder militärische Sicherheit, sondern ein integratives Konzept“(Bericht UNDP 1994, S. 29 ),

Schutz ist aber ein zwiespältiges Argument. Deshalb insistierten feministische Kritikerinnen darauf, dass das Gewicht auf die Rechte gelegt werden muss und nicht auf den Schutz.

Im Alltag läuft es, wie oben angetönt, ohnehin auf eine Einschränkung nicht zuletzt der Frauen hinaus. Die Bewegungsfreiheit wird schwierig, Frau sollte besser zu Hause bleiben (und sich um die Kinder kümmern). Der öffentliche Raum wird eingeschränkt, das Versammeln auf den Plätzen wird nur als Gefährdung gesehen, aber nicht als Ausdruck von BürgerInnensinn.

Das Ausmass dieser Ausgrenzungen ist je nach Ort und Situation unterschiedlich, aber im Prinzip läuft der gleiche Mechanismus überall ab, ob in offenen Konfliktgebieten wie Syrien, Postkonfliktgebieten wie Bosnien-Herzegowina, oder friedlichen Regionen wie hier in der Schweiz.

### **Umsetzungen**

Der Schutz geht auch finanziell massiv auf Kosten der Frauen. Das meiste Geld geht in die Aufrüstung, die Polizei, den Grenzschutz, den ausgebauten Nachrichtendienst (dessen Zusammenarbeit untereinander doch nach jedem Anschlag offenbar noch zu verbessern ist). Dadurch fehlt dann das Geld für Bildung, Gleichstellungsmassnahmen, Entwicklungszusammenarbeit. Für die **Schweiz** zeigt sich dies leider sehr schön in der letzten Budgetdebatte, in der die Mittel für diese Bereiche massiv zusammengestrichen wurden. Die Bekenntnisse zu Instrumenten wie die UNSCR 1325 oder die CEDAW Konvention tönen dadurch noch hohler. Was nützen Stellen, die nichts unternehmen können?

Die Armee hingegen lässt sich ihr Geld sogar garantieren.

Die öffentlichen Reaktionen in der Schweiz sind nicht primär auf Angst eingestellt. Polizisten mit Maschinengewehren werden mehrheitlich als bedrohlich angesehen, Die wirtschaftliche Entwicklung wird in Umfragen als wichtiger eingestuft; aber wie stabil sind diese Meinungen?

Leider muss man feststellen, dass der Glaube an die Waffen seine Dominanz eher ausbaut.

Viele entsetzen sich in der Schweiz über die Zustände in den USA, wo Tote durch private Waffen an der Tagesordnung sind. Das Verhalten hier ist aber nicht wirklich anders.

In der Schweiz scheiterte das Anliegen, die Gewehre der Soldaten einzuziehen, mit der Ablehnung der Initiative „Schutz vor Waffengewalt“, die Waffen bleiben im Kleiderschrank. Nicht genug damit, neuerdings steigen auch in der Schweiz, vor allem im Kanton Waadt, die Anträge für Waffenschein, paradoxerweise sollen sie Einbrecher abschrecken.

## Bedrohung durch Waffen

Nach der Definition gelten **Kleinwaffen** zwar nicht als „Massenvernichtungswaffen“, weil dieser Begriff chemischen, biologischen und nuklearen Großwaffen vorbehalten ist. Dennoch erklärte der ehemalige UN-Generalsekretär Kofi Annan 2006: „Auf Grund des Gemetzels, das sie anrichten, könnten Kleinwaffen tatsächlich treffend als ‚Massenvernichtungswaffen‘ bezeichnet werden.“

Ein erster Schritt zur Einschränkung wäre der **UN-Waffenhandelsvertrag** (Arms Trade Treaty ATT) von 28. März 2013, der am 24.12. 2014 In Kraft getreten ist. Die Schweiz hat ihn im April 2015 unterzeichnet. Er enthält im Artikel 7 auch die Bestimmung, dass vor dem Export die menschenrechtliche Lage abgeschätzt werden muss. Aber die Waffen werden immer noch sehr fleissig exportiert, zum Beispiel nach Saudi-Arabien.

In Krisengebieten wie **Syrien**. Ist die Bedrohung durch Kleinwaffen grösser als die Bedrohung durch IS Truppen. Die Frauen in Syrien bleiben zu Hause, da es draussen so viele Waffen gibt. Sie versuchen die Verbreitung zu stoppen, um mehr Sicherheit für sich zu erhalten.

Da die Spitäler nicht mehr erreichbar sind oder nicht mehr funktionieren, gibt es 80% mehr Todesfälle bei den Geburten. Diese Todesfälle werden nicht als Kriegsschäden gezählt, es sind unsichtbare Schäden. Häufig sind diese Frauen nun allein im Haushalt. Sind sie es aber nicht, steigt das Risiko häuslicher Gewalt um 500%; da der Mann die Waffe, die er draussen braucht, auch leichter drinnen einsetzt.

## Fazit

Die scheinbar unsichere Lage heutzutage wird gerne durch Aktivismus und verschärfte Sicherheitsmassnahmen an allen Ecken und Enden beantwortet. Sie stösst aber schnell an ihre Grenzen, wo sich die Massnahmen in ihr Gegenteil verkehren und vermehrt Unsicherheit und Willkür produzieren. Dies gilt in vermehrter Masse für die Frauen, die unter dem Deckmantel des Schutzes in eine reine Opferrolle gedrängt und ihrer Akteurinnenschaft beraubt werden.

Repressive Massnahmen sind der einfache Teil der Lösung, danach fängt die Arbeit aber erst an Und dazu braucht es Geld, für Analyse und Umsetzung.

Worauf wäre sonst noch Verlass, wenn nicht darauf, dass sich Vertrauen herstellt, wenn Menschen egalitär miteinander umgehen und sich gleiche Macht zugestehen? (Katrin Meyer, in einen WOZ Artikel)

## Literatur

Tobias Manzner ‚Demokratie und Sicherheit. In Regina Ammicht Quinn Sicherheitsethik, Wiesbaden 2014.. 107-122.

Katrin Meyer

Krisis des Machtbegriffs und Kritik der Gewalt, in: *studia philosophica. Jahrbuch der Schweizerischen Philosophischen Gesellschaft*, Bd. 74, Basel: Schwabe 2015, S. 93-105.

Sicherheits-Check, Sicherheitsdebatten feministisch durchleuchtet, cfd , 2007